

10 Jahre
Sassenbach-Gesellschaft



Wolfgang Hasibether, Bayreuth:

**Wilhelm Leuschner
und der 30. Januar 1933**

**Vortragsreihe zur Geschichte der
deutschen Gewerkschaftsbewegung**

Heft 5

September 2003

Die Vorträge und Gespräche finden statt im Rahmen der
Gemeinsamen Vortragsreihe
des Förderkreises Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung,
der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im
Bundesarchiv sowie der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft

Herausgeber:

Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V.
Förderverein für Bibliothek und Archiv der Gewerkschaftsbewegung
Finckensteinallee 63, 12205 Berlin, Tel/Fax 030 - 8 33 10 33
Internet: www.gewerkschaften-sassenbach.de

Wolfgang Hasibether, Bayreuth:

**Wilhelm Leuschner
und der 30. Januar 1933**

Wolfgang Hasibether, Bayreuth:

Wilhelm Leuschner
und der 30. Januar 1933

Widerstand oder Anpassung

Beschäftigt sich man mit der Biografie Wilhelm Leuschners, dem führenden Vertreter der Gewerkschaften im nationalen Widerstand gegen den NS-Staat, so wird man feststellen, dass sich die Würdigung seines Lebenswerkes zwischen den Extremen der Heldenverehrung, auch Instrumentalisierung für die ideologische Auseinandersetzung im Kalten Krieg zwischen Ost und West nach 1945, und dem Absprechen seiner Widerstandstätigkeit bewegt.

Gerade die letztere Position, Ende der siebziger Jahre im sogenannten ‚Streit um die Gewerkschaftsgeschichte‘ von Marburger Gesellschaftswissenschaftlern bezogen, hatte ihren Ausgangspunkt in der Beschreibung der Anpassung der Führung der freien Gewerkschaften (ADGB) gegenüber der Hitler-Regierung Anfang 1933 und auch im Wissensstand des bis in die siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts unzureichend historisch untersuchten gewerkschaftlichen Widerstands. Die Rolle Leuschners in der sogenannten ‚*illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften*‘ wurde zwar in dieser Kontroverse durch eine Studie von Gerhard Beier ins Licht der Widerstandsforschung gerückt, bleibt aber bis heute umstritten¹.

Erst in jüngster Zeit ist die ‚*illegale Reichsleitung*‘ wieder ins Interesse der Forschung gerückt. Ursächlich verantwortlich dafür ist die von Siegfried Mielke initiierte Erforschung des gewerkschaftlichen Widerstands mit Hilfe biografischer Recherche über die Haftzeiten von Gewerkschaftern in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Sie stellt die von Willy Buschak 1993 gegen Beiers These gewandte Forschungssicht vom ‚Widerstand im kleinsten Zirkel‘ erneut zur Diskussion².

Die zwiespältige Betrachtung des politischen Lebenswerkes von Wilhelm Leuschner hat Hans Mommsen zuletzt 1994 ausgedrückt. Er spricht einerseits von Leuschners frühzeitiger und konsequenter Warnung vor der nationalsozialistischen Gefahr und seines Versuchs die handelnden Eliten der späten Weimarer Republik zum energischen Vorgehen gegen die NSDAP zu bewegen und seines Widerstands gegen die Machteroberung des Nationalsozialismus. Andererseits benennt Mommsen die Unterstützung Leuschners für den Kurs Theodor Leiparts zu einem Arrangement mit den neuen Machthabern im Frühjahr 1933 zu finden. Er sieht darin eine Haltung Leuschners sich von der Sozialdemokratie zu lösen und diesen Anpassungskurs an die Hitler-Regierung auf dem Fundament eines korporatistisch strukturierten Staatswesens zu versuchen³. Diese Thesen

bedürfen der historischen Untersuchung und sollen anhand der Fakten der Biografie Leuschners überprüft werden.

Für die wissenschaftliche Erforschung der geistigen Fundamente des Widerstands von Wilhelm Leuschner ist der 30. Januar 1933 mit der Übertragung der politischen Macht an Adolf Hitler und seine Schergen ein wichtiger historischer Zeitabschnitt. Joachim G. Leithäuser hat diese Zeit anhand der Notizen im Tageskalender von Wilhelm Leuschner untersucht und auch in der Lebensbeschreibung gewürdigt⁴, eine historisch-kritische Analyse der Rolle Leuschners im Anpassungskurs des ADGB steht jedoch aus. Die folgende Darstellung will einen Beitrag dazu leisten und Leuschners Haltung im politischen Kurs des ADGB im Jahr 1933 beschreiben. Erkenntnisleitend ist bei der Betrachtung seiner politischen Praxis im Kampf gegen den Nationalsozialismus der Prozesscharakter im Leben Leuschners an diesem entscheidenden Wendepunkt der deutschen Geschichte und damit auch sein vorausgegangener Abwehrkampf gegen die NSDAP. Erst die Einbeziehung der Dynamik der politischen Handlung ermöglicht ein annähernd historisch begründetes Urteil über Anpassung oder Widerstand in Leuschners Biographie.

Vom hessischen Innenminister zum Gewerkschaftsführer

Zum Zeitpunkt der Machtübertragung an Adolf Hitler am 30. Januar 1933 durch Reichspräsident Paul von Hindenburg befand sich Wilhelm Leuschner auf einer Arbeitszeitkonferenz des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) in Genf⁵. Er war am 21. Januar 1933 vom ADGB-Bundesausschuss zum Nachfolger von Paul Umbreit als Vorstandsmitglied des ADGB benannt worden. Vorangegangen waren dem der Wunsch von Theodor Leipart, dem greisen und kränkelnden ADGB-Führer, der dies an Leuschner im Laufe des Jahres 1932 herangetragen hatte⁶, und zwei Verhandlungen im Bundesvorstand des ADGB⁷ im November und Dezember 1932, bei denen der vakante Posten des ADGB im Verwaltungsrat des IAA an Leuschner vergeben wurde. Er selbst konnte an der entscheidenden Sitzung nicht teilnehmen, da er an diesem Tage die Reise von Darmstadt nach Genf antreten musste.



Wilhelm Leuschner
auf der Tagung des
Internationalen Arbeits-
Amtes (IAA) in Genf
vom 22.1.-4.2.1933

Seit den Landtagswahlen am 15. November 1931 führte die sogenannte 'Weimarer Koalition' aus SPD, Zentrum und Liberalen nur noch die Amtsgeschäfte⁸. Seine Position als hessischer Innenminister in einer nur noch geschäftsführenden Regierung war durch die politischen Begleitumstände kaum zumutbar. Wenngleich der damalige hessische Staatspräsident Bernhard Adeling in seinen Erinnerungen schreibt, dass Leuschner die Angriffe gegen ihn nicht weiter tragisch nahm⁹, gab er wohl angesichts der Auseinandersetzungen in seinem politischen Amt Ende 1932 schließlich den dringenden Bitten Leiparts nach Rückkehr in den ADGB nach. Die gewerkschaftliche Organisation rief ihn und er wollte sich ihr nicht mehr verweigern, war er doch ab 1919 ADGB-Vorsitzender und Gewerkschaftssekretär in Darmstadt gewesen. Seit 1926 versah er das Amt des ADGB-Bezirkssekretärs für Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck in Frankfurt bis zu seiner Ernennung zum hessischen Innenminister im Februar 1928. Theodor Leipart wünschte ihn sich als seinen zukünftigen Nachfolger, da er bald aus Altersgründen zurücktreten wollte. Dies waren die äußeren Umstände um die Jahreswende 1932/33 in denen sich Wilhelm Leuschner zur Zeit der Machtübertragung an die Nazis befand.

Am 31. Januar 1933 morgens um elf Uhr erhielt er in Genf durch Ludwig Schwamb, seinem Staatsrat (heute vergleichbar mit einem Staatssekretär) im hessischen Innenministerium, die telefonische Nachricht von der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler. Seine politische Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus zu diesem Zeitpunkt kann durch die Beschreibung seiner Tätigkeit als hessischer Innenminister in den beiden zurückliegenden Jahren erläutert werden.

Kampf um den Erhalt der Republik

Die Nationalsozialisten wurden bei der Wahl im November 1931 zum ersten Mal in den Hessischen Landtag gewählt und mit 27 Abgeordneten (37,1% der abgegebenen Stimmen) bei insgesamt 69 Parlamentssitzen stärkste Fraktion (die SPD-Fraktion verlor 9 Mandate und verringerte sich von 24 auf 15 Sitze)¹⁰. Die bisherige sogenannte 'Weimarer Koalition' aus SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei (ab Juli 1930 Deutsche Staatspartei, die nach der Wahl 1931 aus der Regierung ausschied. Leuschner musste deshalb ab 2. Dezember 1931 auch noch das Ressort Arbeit und Wirtschaft übernehmen), die seit 1918 den Volksstaat Hessen regierte, trat zurück. Sie blieb aber geschäftsführend im Amt, da die NSDAP mit dem Zentrum zwar über eine neue Regierung verhandelte, aber keine regierungsfähige Koalition bilden



Wilhelm Leuschner als Redner auf einer Kundgebung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 16.11.1930

konnte. Dies war bedingt durch das Stimmenpatt von ‚Nationaler Opposition‘, ‚Weimarer Koalition‘ und den kommunistischen Abgeordneten im Landtag.

Leuschner war ständigen Angriffen der Nationalsozialisten und sogar Morddrohungen ausgesetzt¹¹. In den Landtagsauftritten der Nationalsozialisten stießen sich diese „allein am Handeln der Regierung, insbesondere an ihrer politisch herausragenden Figur, Innenminister Wilhelm Leuschner,..“ dessen sachliches, aber scharfes Auftreten die Nationalsozialisten zu immer grobschlächtigeren Attacken reizte¹². Die Landtagsprotokolle zum SA und SS-Verbot vom Frühjahr 1932 vermerken die unverhüllten Morddrohungen gegen den Innenminister: „Sei ruhig, du kommst auch noch dran. Erzberger ist auch abgeknallt worden“¹³.

Seit der Veröffentlichung der Boxheimer Dokumente am 25. November 1931 und der Anordnung zur polizeilichen Durchsuchung der Nazi-Zentrale in Darmstadt durch Innenminister Leuschner, geplant als Kampagne zur Verhinderung der Regierungsbildung in Hessen durch die Nazis, war dieser endgültig deren menschenverachtenden Drohungen ausgesetzt. Gemeinsam mit seinem Pressereferenten Carlo Mierendorff, „Leuschners rechte Hand und Schatten“¹⁴, gelang es ihm in einer beispiellosen Presseaktion die staatsterroristischen Pläne der Nazis offenzulegen. Sie entlarvten damit Hitlers in offiziellen Reden vorgetragenen legalistischen Bekenntnisse zur Verfassung als Lügegebäude. Obwohl dieser die Dokumente als Privataktion außerhalb der NSDAP abwiegelte, wurde in den publizistischen Äußerungen, vor allem in der sozialdemokratischen Presse, der Zusammenhang zur offiziellen Parteilinie nachgewiesen.

Leuschner zeigte bei dieser politischen Tat außerordentlichen Mut und trat im Zusammenwirken mit dem preußischen Innenminister Carl Severing für eine Anklage gegen die NSDAP ein. Werner Best, der Autor der Boxheimer Dokumente, ein sollte sich wegen staatsfeindlicher Putschpläne gegen die Weimarer Verfassung vor dem Staatsgerichtshof verantworten¹⁵. Hierzu traf sich Leuschner Ende November 1931 mit Severing in Berlin, um diese Anklage durchzusetzen und die Reichsregierung zum energischen Durchgreifen gegen die Hitlerbewegung zu drängen¹⁶.

Die Regierung Brüning spielte jedoch aus politischer Taktik¹⁷, trotz eindeutiger Nachweise durch den damaligen Münchner Staatsanwalt Wilhelm Hoegner, die Pläne als nur gegen Putschpläne der Kommunisten gerichtet herunter. Der Reichsstaatsanwalt Jörns, der 1919 die skandalösen Untersuchungen nach den Morden an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, stellte die Ermittlungen im Oktober 1932 ohne Anklageerhebung ein¹⁸.

Der hessische Innenminister trat aber weiterhin als zuständiger Verfassungsminister im Landtag des Volksstaates Hessen entschieden gegen die Putschpläne der Nazis auf¹⁹. Durch diese eindeutige politische Haltung wurde Leuschner zwar einerseits zu einem der bekanntesten Innenpolitiker der Weimarer Republik, stand andererseits damit aber auch zugleich im Mittelpunkt der Hasstiraden der Nationalsozialisten. Dies vor allem auch deshalb, weil er trotz seiner Absagen im hessischen Landtag an die Adresse der Kommunisten, denen er eine Politik der leeren Versprechungen vorwarf, die eindeutigere Gefahr der Durchsetzung des Willens zur Beseitigung der Republik bei den Nationalsozialisten sah. So hatte er schon am 10. Mai 1929, bei einer Konferenz der Innenminister der deutschen Länder, in der Debatte um das Verbot des ‚Roten Frontkämpferbundes‘ (RFB) darauf verwiesen, dass in Hessen nicht der RFB Organisation im Sinne des § 129 StGB sei

(Verfassungsfeindliche Tätigkeit), sondern die Nationalsozialisten. Deren Parteiorganisationen SA und ‚Stahlhelm‘ verstießen durch Bewaffnung, militärische Übungen und politische Morde gegen das Gesetz. Mit seiner politischen Polizei, die er als republikanische Schutztruppe organisierte, überwachte er die Nazi-Aktivitäten in Hessen mit äußerster Unnachgiebigkeit²⁰. Die SA- und SS-Verbote durch die Reichsregierung vom Dezember 1931 setzte Leuschner gegen wütende Angriffe der Nationalsozialisten im Hessischen Landtag bis zum Sommer 1932 durch²¹. Die Ablösung der Regierung Brüning im Mai führte zur Aufhebung des Verbots von SA und SS im Juni 1932. Zugleich wurde durch ein Urteil des Hessischen Staatsgerichtshof der Landtag des Volksstaates Hessen aufgelöst und Neuwahlen für den 19. Juni 1932 angesetzt²². Damit geriet Leuschner besonders nach dem sogenannten ‚Preußenschlag‘ vom 20. Juli 1932, der Absetzung der sozialdemokratischen Regierung von Preußen durch die Reichsregierung ohne Gegenwehr der Arbeiterbewegung, in seinem Abwehrkampf gegen die Nazis in zunehmende politische Isolation. Gemeinsam mit Carlo Mierendorff war er der Ansicht, dass ein entschlossenes Handeln der im Dezember 1931 reichsweit gebildeten ‚Eisernen Front‘ zusammen mit Massenaktionen eine weitere Auflösung der demokratischen Strukturen der Republik verhindern könne²³.



Wilhelm Leuschner bei der Eintragung ins „Eiserne Buch“ der antifaschistischen „Eisernen Front“ in Darmstadt (v.l.: Käthe Leuschner, Wilhelm Leuschner, Willi Richter, Bernhard Adelung)

Leuschner selbst trug sich im Winter 1931/1932 in Darmstadt demonstrativ gemeinsam mit dem sozialdemokratischen hessischen Staatspräsidenten Bernhard Adelung in das ‚Eiserne Buch‘ der ‚Eisernen Front‘ ein und demonstrierte damit sein Verständnis von der ‚wehrhaften Demokratie‘ gegen die Feinde der Republik²⁴.

Anpassung oder Widerstand – Leuschner in der Spitze des ADGB

Die hektische Betriebsamkeit Leuschners zur Jahreswende 1932/33 kann man an seinen stichpunktartigen Notizen in den entsprechenden Tagesmerkkalendern²⁵ deutlich ablesen.

Vom 24. November bis 17. Dezember 1932 ist er in Paris und trifft dort u.a. mit Vertretern der französischen Arbeiterbewegung zusammen. Die Zusammenkünfte sollen der Vorbereitung seiner designierten Arbeit im Internationalen Arbeitsamt in Genf dienen.

Am 30. Dezember 1932 schreibt er in seinen Kalender das Jahresresümee: „Das schlimmste Jahr

geht zu Ende“ und in den Notiz-Rubriken am Ende des Kalenders sammelt er Sinnsprüche, unter anderem zitiert er Hermann Löns: „, Alles hat seine Zeit, o Mensch, das silberne Laub und die goldene Frucht. Doch ist das Leben rau zu dir, so wirf die Güte ab und die Milde und wappne dich mit scharfen Dornen, damit Deine Feinde dich achten und ehren und um dich herumgehen“. Die Erfahrungen des abgelaufenen Jahres bringt er mit dem Seufzer zu Papier: „Ach Kinder – wie muß Dummheit schön sein!“.

Den Januar 1933 beginnt er mit einer Kulturveranstaltung im Darmstädter Gewerkschaftshaus und am 8. Januar 1933 ist er bei einem Aufmarsch der ‚Eisernen Front‘ als Innenminister in Darmstadt dabei. Die Tage der ersten Januarhälfte sind ausgefüllt mit abschließenden Terminen als Innenminister und zugleich Terminen mit der Landtagsfraktion und Telefonaten mit Berlin wegen der bevorstehenden Reise nach Genf. Zugleich treibt er sein Selbststudium der französischen Sprache voran.

Am 21. Januar ist die Abreise nach Genf. Am selben Tag wird in Berlin im ADGB-Bundesausschuss sein Mandat im Verwaltungsrat offiziell bestätigt. Zugleich steht für ihn in Genf die Frage auf der Tagesordnung, ob er als Vizedirektor des Internationalen Arbeitsamtes in Frage kommt. Die Kollegen im ADGB wollen ihn allerdings lieber als Gewerkschaftsvertreter im IAA. Die internationalen Vertreter der Gewerkschaftsbewegung und die Arbeitgebervertreter „mustern ihn überall als Vizedirektor“, wie er am 24. Januar 1933 in seinen Notizen vermerkt. Vom 22. bis 31. Januar Leuschner vertritt den ADGB in Genf im Rahmen des Völkerbundes beim Internationalen Arbeitsamt bei einer vorbereitende Tagung zur Arbeitszeitpolitik. Durch Arbeitszeitverkürzung soll die Massenarbeitslosigkeit international bekämpft werden. Im Anschluß an die Tagung nimmt er an einer internationalen Gewerkschaftskonferenz des IGB teil. Er hat dabei engen Kontakt zu französischen und englischen Gewerkschaftsvertretern, insbesondere dem französischen Gewerkschaftsführer Leon Jouhaux. Die Verhandlungen über den Posten des Vizedirektors bleiben ungewiss. Er schreibt am 25. Januar, „Deutschland spielt keine Rolle, England und Frankreich entscheiden“. Ende der Woche notiert er: „Eine entscheidende Woche geht zu Ende. Ich wurde beäugelt, eingeladen, gezeichnet und interpretiert. Jeder weiß Bescheid, nur ich nicht. ...engste Wahl für Vize. In die Verhandlungen auf internationalem Parkett platzt am 31. Januar um 11.00 Uhr die telefonische Nachricht von Ludwig Schwamb mit der Mitteilung über die Machtübertragung an Hitler. Alle Pläne scheinen Makulatur.

Ab dem 1. Februar nimmt er an der 61. Sitzung des Verwaltungsrates des IAA als Nachfolger des verstorbenen ADGB-Vizevorsitzenden Hermann Müller teil. Am 5. Februar geht die Tätigkeit in Genf jäh zu Ende. Er muß zur Landtagssitzung nach Darmstadt zurück und notiert, „alles ging verhältnismäßig gut“.

Am 6. Februar ist Leuschner um 10 Uhr in der Landtagsfraktion, die die anschließende Landtagssitzung vorbereitet. Er notiert in seinen Aufzeichnungen die Auflösung der Nationalversammlung vom 1. Februar und soll nach einer Intervention des Nazi-Reichsinnenministers Frick in Hessen seinen Rücktritt einreichen. Frick stellt nach längeren Verhandlungen die Umorganisation der hessischen Polizei auf die Zeit nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 zurück. Leuschner vermerkt am Ende der dramatischen Arbeitswoche in seinen

Notizen: „Eine harte Woche. Scheißkerle entpuppen sich“. Auch seine sozialdemokratischen Landtagskollegen und der Staatspräsident Adenauer stärken ihm politisch nicht den Rücken.

Am Nachmittag des 15. Februar gibt er in der Landtagsfraktion offiziell seinen Rücktritt bekannt – seine Notiz im Kalender ist treffend kurz und bündig: „Schluß I.IV.“ Der 19. Februar beginnt für Leuschner mit einem Massenaufmarsch der ‚Eisernen Front‘ aus Stadt und Kreis Darmstadt am dortigen Paradeplatz. Er hält eine kurze Ansprache und bekräftigt die Gegenwehr der Arbeiterorganisationen gegen die nationalsozialistische Willkürherrschaft und seinen Willen zur Verteidigung der Republik.

Am 20. Februar 1933 fährt er in seiner Eigenschaft als ADGB-Vorstandsmitglied nach Berlin und nimmt am folgenden Tag erstmals seit seiner Berufung in den Vorstand an einer Sitzung des Bundesvorstandes teil.

Am 22. Februar ist er im Aufsichtsrat in der Berliner Zentrale der PREUSSAG, dem er seit 1928 angehört, und am 23. Februar trifft er um 7.00 Uhr abends vor einem Theaterbesuch General Kurt von Schleicher, der für zwei Monate von Dezember 1932 bis Januar 1933 Reichskanzler war. Begleitet wird Leuschner von Dr. Hans Hirschfeld, der früher im preußischen Innenministerium arbeitete, zuletzt Pressechef der preußischen Regierung, den Leuschner aus Berliner Begegnungen seit 1926 gut kennt. Dieser berät ihn genauso wie sein Freund Theodor Haubach, mit dem er seit frühen Darmstädter Jahren freundschaftlich verbunden ist. Als Organisator der ‚Eisernen Front‘ in Hamburg ist dieser ein entschiedener Nazi-Gegner.

Am 25. Februar trifft Leuschner um 11.00 vormittags erneut Schleicher und später auch Hirschfeld. Sie erfahren von den Plänen Schleichers, der einen Staatsstreich der Reichswehr gegen Hitler plant und über die Kontakte zu Leuschner versucht die Unterstützung der Gewerkschaften zu erhalten. Im Gespräch ist der staatliche Preiskommissar Carl Goerdeler als Reichskanzler und der linke NSDAP-Flügel um Gregor Strasser, der in die Reichsregierung eingebunden werden soll. Leuschner betonte bei diesen Gesprächen, die in der Geschichte des Widerstands gegen Hitler nach dessen sogenannter ‚Nationalen Revolution‘ vom 30. Januar 1933 einen der ersten Versuche zu seiner politischen Ausschaltung darstellen, dass die Verfassung unbedingt erhalten werden müsse.

Es sind lange Tage voll hektischer Betriebsamkeit mit Treffen und Beratungen über die politische Lage und geeigneten Maßnahmen der Gewerkschaften zur politischen Gegenwehr. Aus den Aufzeichnungen Leuschners geht nicht hervor, welchen Inhalt die wenigen Gespräche mit Leipart bei den Berliner Treffen haben. Jedoch scheint die Einschätzung von Ulla Plener, dass Leuschner stärker als Leipart den offiziellen Kurs der Anpassung des ADGB beeinflusst habe und als Kopf des ADGB einzuschätzen sei²⁶, angesichts seiner politischen Handlungen in diesen Tagen, eine Verkenning seines Einflusses im ADGB zu sein. Das Beharrungsvermögen einer Organisation, in der langfristig tätige Referatssekretäre als sogenannte ‚zweite Ebene‘ der Entscheidungsträger die Politik der politischen Führung seit Jahren beeinflussten, gab Leuschner kaum Gelegenheit in so kurzer Zeit und so häufiger Abwesenheit von Berlin, den Kurs der Gesamtorganisation, bei der der ADGB als Dachverband wenig Einwirkung auf die Willensbildung der Einzelverbände hatte, zu beeinflussen. In analytischer Betrachtung der Gewerkschaftsorganisation ist er mit seinen knapp dreißig Lebensjahren eher ein Quereinsteiger im Vorstand gewesen. Er kannte zwar durch

die fünfjährige Ministertätigkeit in Hessen viele Gewerkschaftsführer und Politiker der Arbeiterbewegung in der Weimarer Zeit persönlich und stand mit ihnen im politischen Meinungs austausch, aber er hatte sicherlich keine Gelegenheit den ‚Apparat‘ in den Griff zu bekommen und dessen politische Linie maßgeblich zu prägen. Seine Tätigkeit war vielmehr eine Beteiligung an den verschiedenen politischen Kontakten der ADGB-Spitze in den Tagen des März und April, in denen die Gewerkschaftsbewegung an der Basis schon weitgehend durch den örtlichen Nazi-Terror paralyisiert war. Die Weichen zur Anpassung an die politischen Machtverhältnisse zum Erhalt der Organisation waren im ADGB schon lange vorher gestellt. Leuschners Mitwirkung war mehr die eines von Disziplin und Pflichterfüllung getriebenen Menschen, denn einer mit voller politischer Überzeugung. Dies vermag auch seine ständige Reisetätigkeit in diesen Wochen erklären. Unruhe und Rastlosigkeit vor dem drohenden Untergang kennzeichnen sein Arbeitsverhalten in dieser Zeit.

Schon am 26. Februar ist er wieder in Darmstadt zu einer Unterredung mit Präsident Adelung. Was er mit ihm vereinbart ist den Notizen nicht zu entnehmen. Wahrscheinlich ging es um den geordneten Rückzug der Regierung. Auf der Rückfahrt im Nachtzug nach Berlin am 28. Februar erfährt er im Bahnhof Magdeburg, dass der Reichstag brennt. Leithäuser meinte dazu: „Dieser Schlag zerstörte - womöglich war das sein Hauptziel - die Möglichkeit für den Umsturzversuch Schleichers“²⁷. Aber dennoch erwog Leuschner Mitte Mai 1933, diese Pläne doch noch zu verwirklichen.

Die örtlichen Maßnahmen der Nazis erfährt er in der Woche vor der Reichstagswahl durch eigene Anschauung in Darmstadt. Diese Woche ist angefüllt mit Terminen bei Kundgebungen zur bevorstehenden Reichstagswahl. Am Wahltag, Sonntag dem 5. März, ist er im Darmstädter Theater und sucht kulturelle Ablenkung vom politischen Tagesgeschäft.

Am 6. März besetzt die SA das Darmstädter Gewerkschaftshaus und durchsucht die Wohnungen von Leuschner und Staatspräsident Adelung. Die geschäftsführende Regierung wird entgültig durch den vom NS-Innenminister Frick eingesetzten Polizeikommissar Müller entmachtet und am 7. März wird Werner Best, der Autor der ‚Boxheimer Dokumente‘, zum Sonderkommissar für die Hessische Polizei eingesetzt. Leuschner fährt an diesem Tage abends nach Berlin. In Bernau, in der Bundesschule des ADGB, kommt es zu einem Treffen Graßmanns, des stellvertretenden ADGB-Vorsitzenden, und Leuschners mit von Papen und Göring, die von der ADGB-Führung verlangen, sie solle ihr Mandat niederlegen.

Nach der Reichstagswahl und dem Ermächtigungsgesetz erfolgt die ‚Gleichschaltung‘ der Regierungen in den Länder, von Rundfunk, Presse, gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen. Die Gewerkschaften, deren Häuser und Einrichtungen bereits seit Februar 1933 an vielen Orten gestürmt und geplündert waren, versuchten in den nächsten Wochen ihre Organisation vor dem Untergang zu retten und damit die Rechte der Mitglieder zu erhalten.

Am 10. März schreibt der ADGB-Vorstand wegen des Terrors gegen die Gewerkschaften einen Beschwerdebrief an den Staatspräsidenten Paul von Hindenburg. Und Theodor Leipart spricht angesichts des Nazi-Terrors von „Organisation, nicht Aktion ist das Gebot der Stunde“.

Danach finden mehrere Sitzungen des ADGB-Vorstandes statt, an denen Leuschner teilnimmt. Zur Sitzung am 15. März schreibt Leuschner in seine Notizen: „10 Uhr Vorstand Gewerkschaft; 5 Uhr

Ausschuß faschisiert“. Es mag ein Hinweis sein, dass er sich keinerlei Illusion über die gewerkschaftliche Gegenwehr hingab. Zwischen dem 21. und 23. März ist er wieder kurz in Darmstadt. Die Angelegenheiten zur Übersiedlung nach Berlin mit der Familie sind zu regeln. Bisher hat er dort nur eine Unterkunft beim ‚Genossen Albrecht‘. Er sucht nach einem festen Wohnsitz, den er erst im Mai 1933 in der Bismarckstraße 84 findet.

In der letzten Märzwoche arbeitet er in seinem Büro beim Bundesvorstand und nimmt an dessen Sitzungen teil, trifft mehrere Male Carlo Mierendorff und berät sich mit ihm über die Lage.

Die ADGB-Führung wusste, dass die Hitlerregierung eine neue, staatlich gelenkte Einheitsorganisation für die Arbeitervertretung schaffen wollte. Am 7. April notiert Leuschner, daß ein Reichskommissar für die Gewerkschaften eingesetzt werden soll. Er versieht den Namen Best mit einem Fragezeichen. In der Bundesvorstandssitzung wird über die ADGB-Erklärung gegenüber der Hitler-Regierung zur Mitarbeit im ‚neuen Staat‘ verhandelt. Am 9. April erfolgt die Veröffentlichung der Erklärung des ADGB-Bundesausschusses, die mit der Empfehlung an die Hitler-Regierung zur Einsetzung eines Reichskommissars endet.

Am 13. April findet ein mehrmals verschobenes Treffen mit Vertretern der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) statt. Leuschner wird im Protokoll des ADGB mit dem Ausspruch zitiert: „An Ihren Vorstellungen interessiert uns die Einheit“. Die ADGB-Führung unter Leipart lehnt die von den NSBO-Vertretern vorgetragene Rücktrittsforderung ab²⁸.

Leuschner entwickelt weiter seine hektische Reisetätigkeit und ist zwischen dem 14. und 17. April in Frankfurt, Mannheim und Heidelberg unterwegs um sich zu Beratungen mit politischen Freunden aus Hessen zu treffen.

Die Vertreter verschiedener Richtungsgewerkschaften hatten schon seit Mai 1930 wegen der Tolerierung der Brüning-Regierung Fühlung untereinander und verstärkten ihre Bemühungen um den organisatorischen Zusammenschluss. So wollten sie der Gleichschaltung durch das Nazi-Regime zuvorkommen. In Leuschners Tagebuch sind die Daten im April 1933 vermerkt²⁹. Wichtiger Verhandlungspartner ist dabei Jakob Kaiser von den christlichen Gewerkschaften, mit dem er am 28. April die ‚Erklärung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften‘ abstimmt. Ideologische Grundlage ist ein Konzept zur Gewerkschaftsorganisation von Erdmann und Graßmann, das den zukünftigen Aufbau und die Abgrenzung des Tätigkeitsbereichs der Gewerkschaften beschrieb, unabhängig von der zukünftigen Wirtschafts- und Arbeitsordnung im ‚neuen Staat‘. In der Schlussklärung vom 28. April ist insbesondere die Passage der Willensbekundung zur ‚positiven Mitarbeit‘ im neuen Staat auf Kritik gestoßen³⁰. Dieses Dokument wurde zu Recht in der wissenschaftlichen Diskussion als Anpassung an die Nazi-Herrschaft gewürdigt³¹. Es ist unstrittig, dass Leuschner dieses Dokument am 28. April mit Jakob Kaiser und dem Berater der christlichen Gewerkschaften, Prof. Brauer, um 1 Uhr Mittag abgestimmt hat. Seine Haltung war offensichtlich von der Absicht geleitet, in der Untergangsstimmung der ihn umgebenden Organisation noch einen Strohalm zum Erhalt der Strukturen ergreifen zu können, um in der Einigelung der Gewerkschaftsorganisation die damals von vielen geglaubte kurze Dauer der Nazi-Herrschaft überstehen zu können, um danach durch die Einheit der Gewerkschaften eine stärkere gesellschaftliche Machtbasis zu erlangen. Allerdings zeigen die handschriftlichen Änderungen

Leuschners an dem Entwurf auch seinen Willen, die biologistischen Formulierungen der christlichen Gewerkschaften, wie etwa ‚gesunder Staatsaufbau‘ u.a., zu streichen und durch andere Formulierungen die Unterwerfungshaltung zu beseitigen. Die entgeltliche Formulierung des Dokuments ist nicht im Original erhalten, sondern wird in der Fassung der Unterlagen der Nazi-Organisation Deutsche Arbeitsfront (DAF) aus dem Jahr 1934 in der historischen Forschung rezipiert. Mit den Formulierungen in der Erklärungen mag er ebenso wie viele seiner Mitstreiter in der Sozialdemokratie der Täuschung erlegen sein, durch die Betonung des besseren Deutschseins in der Konkurrenz im politischen Kampf mit den nationalistischen Schalmeienklängen der Nazis am Ende zu obsiegen. Obwohl er in Hessen seit Jahren offensiv gegen diese kämpfte, hat er deren politischen Willen zum exzessiven Mißbrauch der politischen Macht offenbar unterschätzt. Leuschner ging am 29. April erneut in Gewerkschaftsangelegenheiten über Eisenach auf Reisen, verbrachte den 1. Mai in Basel und kam über Leipzig am 2. Mai morgens um halb neun Uhr in Berlin an und begab sich sofort in die ADGB-Zentrale in der Wallstraße. Um zehn Uhr erfolgte deren Erstürmung durch die SA-Schlägerbanden. In seinen Aufzeichnungen sind nur die Stationen des Kerkers aufgezählt: Über die Paroccialstraße, in einem ehemaligen Friedensmuseum das der SA nun als Folterkeller diente; am 3. Mai zum Polizeipräsidium; am 4. Mai mit Fritz Tamow nach Plötzensee und am 5. Mai nach Rundgang um 11 Uhr entlassen.

Am 6. Mai wird ihm im Arbeitsministerium durch Ministerialrat Engel, den er schon aus den Verhandlungen mit der NSBO kennt, der Grund seiner Haftentlassung genannt. Er soll bei der Internationalen Arbeitszeitkonferenz in Genf im Juni 1933 die DAF-Delegation als legitimen Nachfolger der zerschlagenen deutschen Gewerkschaften der internationalen Öffentlichkeit vorstellen. Er berät sich mit Freunden über seine Teilnahme³², verlangt die Freilassung der ADGB-Spitze aus der sogenannten ‚Schutzhaft‘ und erklärt sich endlich zur Fahrt nach Genf bereit. Nachdem er die Haftentlassung der meisten ADGB-Vorstandsmitglieder erreicht hat, fährt er am 29. Mai mit der Delegation des DAF-Führers Robert Ley nach Genf.

In den drei Mai-Wochen zuvor verbarg er sich in einer Charlottenburger Pension als Dr. Wiese vor der Überwachung durch die Nazis und führte Geheimverhandlungen unter anderem mit Heinrich Brüning und Carl Goerdeler. Er versucht abzuklären, ob ein Sturz der Hitler-Regierung mit Hilfe der Reichswehr nicht doch noch möglich sei³³. Mit Jakob Kaiser spricht er über die Zukunft der Einheitsgewerkschaft.

Leuschners tadellose Haltung in Genf ist durch Dokumente belegt. Er verweigerte der Nazi-Delegation jede Unterstützung³⁴. Die Konferenz dauerte bis zum 19. Juni und der Nazi-Führer Robert Ley wollte Leuschner damit überreden, dass er neben ihm ‚2. Mann‘ der Arbeiterbewegung werden könne, wenn er ihm sein Mandat delegiere. Als er damit erfolglos blieb, drohte er Leuschner mit Verhaftung bei dessen Rückkehr nach Deutschland. Trotz der Warnungen durch Freunde aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung, blieb Leuschner unbeugsam und kehrte am 21. Juni über Zürich und Basel nach Deutschland zurück.

Am 23. Juni 1933 erfolgt mittags um ein Uhr die Verhaftung am Bahnhof Freiburg³⁵ und am 7. Juli 1933 wird er ins Gefängnis Marienschloss bei Rockenberg in Hessen überstellt und von dort am 5. November 1933 ins KZ Börgermoor bei Papenburg, wo auch Carlo Mierendorff inhaftiert wird.

Am 30. November 1933 geht der Transport nach Lichtenburg (bei Torgau) gemeinsam mit Carlo Mierendorff und dem Schauspieler Wolfgang Langhoff, eingepfercht im Güterwaggon.

Erst am 10. Juni 1934 wird Leuschner aus dem KZ Lichtenburg entlassen und trifft sich sofort wieder mit Jakob Kaiser und anderen Gewerkschaftern und organisiert den illegalen Widerstand der Gewerkschaften im Untergrund bis zu seiner Ermordung am Galgen der Nazis am 29. September 1944.

Aufrechter Gang

In der Gefangenschaft im Kerker in Freiburg schreibt er in sein Merkbuch: „Ich sitze für mein gutes Wollen. Für mein Deutschtum. Nur weil ich anderer Auffassung war.“

Diese Sätze zeigen die ganze Tragik einer Generation von sozialistischen Gewerkschaftern, die in der Verteidigung der Republik auf der Grundlage einer solidarisch und sozial gerechten Gesellschaftsordnung aufrechten Gang bewiesen haben und mit den Nazis um das bessere Deutschtum rangen.

Die Entwicklung Leuschners in den Monaten nach der Machtübertragung am 30. Januar 1933 an die NS-Gewaltherrscher zeigt weniger, wie Hans Mommsen meinte, eine Anpassung Leuschners an die Unterwerfungspolitik des ADGB und eine Entfernung von der Sozialdemokratie, sondern vielmehr eine strukturell eingeeengte Aktionstätigkeit zur Rettung der Gewerkschaftsorganisation, die ihm unverzichtbar schien, aber nach Lage der Dinge gar nicht mehr möglich war. Seine Pflichterfüllung im Dienste der Organisation machte ihn zum Akteur einer Unterwerfungsaktion, die ihr Ziel nicht erreichen konnte. Er sieht, wie seine politische Umgebung in Gewerkschaft und Sozialdemokratie in der legalistischen Ohnmacht verharret, die die gesellschaftliche Basis nicht zum Massenstreik ruft, und glaubt, nur noch in der Aktion zum Umsturz von oben mit Hilfe der Reichswehr eine politische Alternative zu haben. Diese Sichtweise verleitete ihn wohl dazu, die Rettung der Organisation mit Hilfe der Sklavensprache gegenüber der Obrigkeit zu versuchen.



Wilhelm Leuschner als „Mitverschwörer“ beim Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 vor dem „Volksgerichtshof“ am 8. September 1944

Damit aber ist sein persönlicher Abwehrkampf gegen die Zerstörer der Republik auch im Frühjahr 1933 nicht von Anpassung geprägt. Der aufrechte Gang gegen die Unterdrücker bleibt auch in der Wahl falscher Mittel ungebrochen.

Den barbarischen Charakter der Nazi-Herrschaft mit seinem Vernichtungspotential für die ganze Welt im Frühjahr 1933 nicht völlig vorhergesehen zu haben und zu glauben, dass Hitler bald scheitern werde, teilte Leuschner mit vielen Zeitgenossen in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung.

Können wir Nachgeborenen sie deshalb für ihr Scheitern verurteilen, oder sind wir nicht vielmehr durch ihr Vorbild gehalten, die Freiheit und die Grundlagen der sozialen Demokratie gerade heute erneut zu verteidigen?

(Endnotes)

¹ Für die Nachkriegszeit widerspiegelt die literarische Biographie von Joachim G. Leithäuser (Wilhelm Leuschner – ein Leben für die Republik, Köln 1962) diese Märtyrerrolle. Sie war offiziell vom DGB-Bundesvorstand in Auftrag gegeben und finanziert worden. Die Heldenpose entsprach dem Zeitgeist. Die Position des Bestreitens einer Widerständigkeit Leuschners wurde insbesondere von Jürgen Harter bezogen. Vgl. ders. in: Frank Deppe u.a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977; auch noch a.a.O. in der vierten Auflage 1989, S. 386f. Zur Geschichtskontroverse vgl. Deppe in: Gewerkschaftliche Monatshefte Heft 8 - 1979, S. 496-508). Gerhard Beier hat in dieser Kontroverse als einer von wenigen Forschern zum gewerkschaftlichen Widerstand darauf hingewiesen, dass Leuschner neben Hermann Schlimme u.a. ab Juni 1934, nach seiner Entlassung aus der KZ-Haft, führend in der „illegalen Reichsleitung“ bis Ende 1938 tätig war. Vgl. in: Beier, Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933-1945, Köln 1981, S. 77 - 81. Im Krieg bis zum 20. Juli 1944 war er der organisatorische Kopf dieser Leitung und Organisator des Netzes der Vertrauensleute, die nach einem Sturz Hitlers den Neuaufbau des demokratischen Gemeinwesens übernehmen sollten. Diese Verbindungsleute stammten fast ausschließlich aus der Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Zeit. Historische Zeitzeugen wurden in der Vergangenheit, außer von Beier, kaum zur Kenntnis genommen. Vgl. die Beschreibung dieses Netzwerks bei Emil Henk, Die Tragödie des 20. Juli 1944, Heidelberg 1946, S. 47 - 51 und Hermann Schlimme, Brief vom 8.10.1952 an Prof. Bergsträsser, wo er die „illegale Reichsleitung“ beschreibt. Vgl. in: Hess. Staatsarchiv Darmstadt Leuschner-Nachlass (HSA) O 29 - 1/17 und die Aufzeichnungen Schlimmes im Bundesarchiv Berlin (SAPMO) FDGB NL 1671.

² Willy Buschak bezeichnet die Reichsleitung der Gewerkschaften als Geschichte eines Phantasmas und will den gewerkschaftlichen Widerstand lediglich als „Arbeit im kleinsten Zirkel“ betrachtet wissen. Vgl. ders., Arbeit im kleinsten Zirkel. Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 207-211. In seiner 2002 erschienen Biographie über Edo Firmen, Essen 2002, S. 227, vertritt er diese These erneut. Die Forschungen zu den Gewerkschafterbiographien in der KZ-Haft setzten sich anhand neuerer Untersuchungen intensiver mit der „illegalen Reichsleitung“ und deren zahlenmäßiger Basis auseinander. Vgl. in: Mielke, Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, Berlin 2002, S. 15f. Die Diskussion über die Breite des gewerkschaftlichen Widerstands wird neu zu führen sein.

³ Vgl. Hans Mommsen, Die Gewerkschaftsfrage in den Neunordnungsplänen des deutschen Widerstands gegen Hitler, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH) Heft 10/1994, S. 624f.

⁴ Leithäuser hatte in einem Aufsatz in den GMH (ders., Das Jahr 1933 in Wilhelm Leuschners Tagebuch, Köln 1961, Heft 10, S. 607-610), die Stationen Leuschners im Jahr 1933 kurzgezeichnet. Die Tagesnotizen sind im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt erhalten (HSA O 29 - 1/9). Es sind keine Tagebucheintragungen im klassischen Sinne, sondern kurze Notizen und Stichworte in kleinen Terminkalendern der Jahre 1932/33. Die Interpretation der Daten bedarf vergleichender Forschung, der sich Leithäuser in seiner literarischen Biographie nicht unterziehen konnte.

⁵ Leuschner war am 21.1.1933 in Darmstadt zu Reisevorbereitungen und kommt am 22.1. nachmittags mit dem Zug in Genf an (vgl. Notizen im Kalender 1933 in: HSA O 29 - 1/9). Seine Anwesenheit dauert bis 4. Februar. Am 5. Februar heisst er mit dem Zug nach Darmstadt zurück. In den nächsten Tagen erfolgen die haktischen Sitzungen im Landtag des Volksstaates Hessen im Darmstädter Parlamentsgebäude. Nach der Reichstagsauflösung vom 1. Februar 1933 drängt die NS-Regierung mit ihrem Innenminister Frick zum Rücktritt Leuschners.

⁶ In Briefen vom 5. und 28.4.1932 (vgl. HSA O 29 - 3/3) und in einem persönlichen Gespräch mit Leipart (Notiz Leuschners im Kalender: 9. Nov. 1932 11.00 Uhr - vgl. HSA O 29 - 1/8) erörterte dieser mit ihm seine zukünftige Rolle im ADGB. Leipart wollte Leuschner als Nachfolger sehen.

⁷ Vgl. entsprechende Protokolle über Leuschners Rolle im IAA Genf (in: Peter Jahn u.a., Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1988, S. 747/750; 773-778) in den Sitzungen des Bundesvorstandes vom 9.11.1932 (Sitzungsbeginn 15.00 Uhr - Leuschner war nicht anwesend; er traf it. Tagebuch Leipart um 11.00 Uhr vor der Sitzung).

⁸ „Regierungsgewalt auf Abruf“ kennzeichnet Eckhart G. Franz diesen letzten politischen Zeitaltschnitt des Volksstaates Hessen vom 15. November 1931 bis Februar 1933 (5. und 6. Landtag). Diese sechzehn Monate sind vom Abwehrkampf Leuschners gegen die Volksverhetzung der Nationalsozialisten geprägt. Er lehnt auch die Politik der Kommunisten als „voluntaristisch“ ab und bezeichnet sie als eine Politik der leeren Versprechungen, die realistisch nicht eingelöst werden könne. Vgl. Franz, Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaates Hessen 1919-1933, Darmstadt 1991, S. 47f. - 490 und 512 - 516.

⁹ Bernhard Adeling, Sein und Werden, Offenbach/Main 1952, S. 301. Er schreibt über Leuschner: „Als Innenminister setzte er viel Energie ein in der Bekämpfung von Angriffen gegen die Weimarer Verfassung. Das brachte ihm zahlreiche Gegner, die ihn auch in persönlicher Weise angriffen; doch nahm er dies nicht weiter tragisch.“

¹⁰ a.a.O. S. 40f.

¹¹ Vgl. HSA O 29 - 4/1 den Zettel an Leuschner vom 23.11.1931 er werde „standrechtlich erschossen“.

¹² Vgl. Ulrich Herbert, Best - Biographie, Bonn 1996³, S. 120. Die Vossische Zeitung schrieb im Februar 1932: „...es ist, wie wenn ein Hysteriker seinen Pfleger anfällt“, Morddrohungen von seiten der Nazi-Abgeordneten waren im Landtag an der Tagesordnung, a.a.O. S. 120f.

¹³ Vgl. Franz a.a.O., S. 488 - 490. Dort wird anhand der Sitzungsprotokolle die Stimmung im Landtag gegen Innenminister Leuschner von seiten der NSDAP aber auch der Kommunisten beschrieben. Gegen Leuschner wurde in der Dezember-Sitzung 1931, also kurz nach seiner Enthüllung der 'Boxheimer Dokumente', von seiten der NSDAP-Fraktion ein Abberufungsantrag

eingebraucht, begleitet von wüsten Beschimpfungen. Die kommunistische Fraktion bezeichnete ihn als 'Sozialfaschisten' und Erfüllungsgehilfen der Notverordnungspolitik Brünings.

¹⁴ Vgl. in: Richard Albrecht, Der militante Sozialdemokrat Carlo Mierendorff, Berlin u.a. 1987, S. 87 – so bezeichnete sich Mierendorff in einem Brief von 1927 selbst. Er war von Herbst 1928 bis zum Januar 1933 Leuschners persönlicher Referent und für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Mierendorff war enger Vertrauter und mit Leuschner seit 1919 befreundet. Beide waren die politischen Köpfe der öffentlichen Gegenwehr gegen den Nazi-Terror in Hessen und damit auch auf Reichsebene.

¹⁵ Werner Best war seit der Landtagswahl 1931 Abgeordneter der NSDAP im Volksstaat Hessen und Autor der sogenannten 'Boxheimer Dokumente', die nach der Machtübernahme der Regierungsgewalt durch die NSDAP die Todesstrafe vorsah für alle Bestrebungen der 'Untergrabung des Wehrwillens', 'Schädigung der Lebensinteressen des deutschen Volkes' u.a. Es stand in der geistigen Kontinuität des nationalsozialistischen Verfassungsentwurfs vom 9.11.1923 und einer Gesetzesvorlage der Reichstagsfraktion der NSDAP vom 12. März 1930 unter dem Titel 'Gesetz zum Schutz des deutschen Volkes' und belegte eindeutig, dass die NSDAP die Beseitigung der Weimarer Demokratie und die Errichtung einer faschistischen Diktatur anstrebte. Zu den Boxheimer Dokumenten vgl. Ulrich Herbert 1996¹, S. 115f. und Wilhelm Hoegner in: HSA O 29 – 4/1 Auszug aus 'Der Abend' (Nr. 574/1931), der Abendausgabe des sozialdemokratischen 'Vorwärts', der am 25.11.1931 feststellte, dass mit dem Verfassungsentwurf der Nazis vom 9.11.1923 'die Grundlagen der Demokratie, wie Volkssouveränität, Rechtsstaat, und Menschenrecht, reslos beseitigt sind'. Er vergleicht sie mit den Boxheimer Dokumenten und beweist die geistige Kontinuität. Leuschner hat alle diese Unterlagen gekannt. Sie sind in seinem Nachlass im Staatsarchiv Darmstadt erhalten.

¹⁶ Vgl. Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. II, Köln 1950, S. 311 f.

¹⁷ Vgl. hierzu die Beschreibung der Haltung Brünings in: ders., Memoiren 1918 - 1934, S. 463 f. Er wollte Verhandlungen mit den Nationalsozialisten wegen seinen monarchistischen Bestrebungen nicht gestört sehen.

¹⁸ Vgl. Herbert, a.a.O. S. 116

¹⁹ Vgl. Franz, a.a.O. S. 65 f.

²⁰ Vgl. Fülberth u.a., Arbeiterbewegung und SPD, Darmstadt u.a. 1974, S. 202 und S. 215 Fußnote 88; ebenfalls Finker, Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1980², S. 130 f. Die Debatte löste der damalige Reichsinnenminister Severing aus, da er Anfang Mai 1929 das Verbot des kommunistischen RFB von den Ländern verlangte.

²¹ Vgl. Franz, a.a.O. S. 512 - 516.

²² Vgl. a.a.O. S. 41f.

²³ Vgl. hierzu insbesondere das Kapitel 'Die roten Jahre' 1928-1933 in: Richard Albrecht, Der militante Sozialdemokrat Carlo Mierendorff 1897-1943, Berlin/Bonn 1987, S. 98 - 153, sowie die Aussage der Leuschner-Sekretärin Käthe Kern in einem Brief an Prof. Bergsträsser (HSA O 29 1/17, 27.9.1952, S. 2): '1932 hatte Leuschner Unterredungen mit Schleicher. Leuschner war damals der Meinung, wenn man nicht so stur gewesen wäre und den Mut zum Kampf gehabt hätte, hätte die Reichswehr nicht gewagt auf die Arbeiter zu schießen.'

²⁴ Foto beim Eintrag in das Eiserne Buch mit Staatspräsident Adenauer in: HSA O 29 – 8/6

²⁵ Vgl. HSA O 29 – 1/9

²⁶ gl. Ulla Plener, Theodor Leipart – Biographie, Bd. I, Berlin 2000, S. 282. Sie verweist auf Hermann Schlimme, einem späteren Führer der 'illegalen Reichsleitung', der Leuschner als Kopf des ADGB bezeichnete. Vgl. hierzu die Ausführungen Schlimmes in: SAPMO NL FDGB 16/71, Hermann Schlimme, Bericht über illegale Gewerkschaftsarbeit in der Zeit ab 1933, S. 1. Es scheint dort eher seine Einschätzung Leuschners als Wortführer der Gewerkschaften in der Widerstandstätigkeit als in der Anpassung gemeint zu sein.

²⁷ So schätzte es 1961 Leithäuser ein. Vgl. a.a.O., S. 609. Da die aktuelle Kontroverse um die Thesen von Hans Mommsen zum Reichstagsbrand nicht abgeschlossen ist, sei Leithäuser noch zitiert.

²⁸ Vgl. die diversen Dokumente zum April 1933 in: Peter Jahn, Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-33, Köln 1988, S. 75 ff.

²⁹ Die Treffen fanden am 18., 20., 22., 23., 25. und 28. April statt. Dort wurde über einen Entwurf zu Vereinbarung des Zusammenschlusses der drei Richtungsgewerkschaften, des ADGB, der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Werkergenosenschaften, verhandelt. Vorausgegangen waren aber schon Gespräche im ADGB mit den anderen Richtungsgewerkschaften seit 1931. Vgl. Klaus Schönhoven, Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt/Main 1987, S. 182. Der liberale Gewerkschafter Anton Erkelenz machte Anfang April 1933 den Vorschlag, die drei bestehenden Gewerkschaftsverbände zu verschmelzen und der Hitler-Regierung als Einheitsgewerkschaft gegenüber zu treten.

³⁰ Die Dokumente sind in Abschriften im HSA O 29 – 3/5 im Leuschner-Nachlaß erhalten. Die Erklärung selbst wurde nicht mehr veröffentlicht. Die Ereignisse nach dem 1. Mai 1933 verhinderten dies. Erst in der Forschung der Nachkriegszeit wurde sie entsprechend kritisch gewürdigt. Kritisch ist der Aufruf des ADGB-Bundesausschusses zum 1. Mai 1933 zu sehen, der von den Nationalsozialisten zum Tag der nationalen Arbeit erklärt wurde. Der Aufruf forderte die Gewerkschaftsmitglieder zur Teilnahme an den NS-Aufmärschen auf. Er war vor allem von Mitarbeitern der Gewerkschaftsschule in Bernau beeinflusst, die dem nationalsozialistischem Gedankengut nahestanden. Auf sie bezieht sich wohl Leuschners Notiz: „Ausschuss faschisiert“.

³¹ Vgl. beispielhaft hierzu Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai, Köln 1975. Bei ihm bleibt Leuschners Rolle unkommentiert.

³² Unter anderem mit Jakob Kaiser und Carlo Mierendorff, sowie Theodor Haubach. Mit Mierendorff stimmt er noch eine Erklärung zur Reichstagsitzung am 17. Mai für die SPD –Fraktion ab, die deren Mitwirkung bei einer Friedenserklärung Hitlers ablehnt. Allerdings wirken die Reste der Fraktion doch an der Sitzung mit. Mierendorff nimmt an der Sitzung nicht teil, zumal er von den SA-Schergen gesucht wurde.

³³ Vgl. Heinrich Brüning, Briefe 1946 – 1960, Stuttgart 1974. Dort auf S. 126, Fußnote 1. In der Berliner Wohnung von Dr. Franz Röhr, Herausgeber der Zeitschrift 'Deutsche Arbeit'; traf sich Heinrich Brüning im Mai 1933 mit Goerdeler und Leuschner.

³⁴ Vgl. im Archiv der Sozialistischen Arbeiterinternationale Amsterdam (SAI) Nr. 10769987 den dreiseitigen anonymen Bericht über Leuschners aufrechte Haltung bei den Verhandlungen der Arbeitszeitkonferenz.

³⁵ Vgl. in: GMH 12/1961, S. 757. Der Autor Ludwig Metzger, im Widerstand gegen Hitler Verbindungsmann Leuschners in Darmstadt, berichtet, dass er mit Leuschner öfters über das Jahr 1933 gesprochen habe. Dieser habe in Genf bei einer nichtoffiziellen Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Konferenzteilnehmer das verbrecherische Verhalten der Nazis offengelegt. Die Kollegen warnten ihn daraufhin vor der Rückkehr. Er wollte aber unbedingt zurück, da sonst seine Argumente gegen die Nazis unglaubwürdig seien. Er ist auch unbemerkt über die Grenze zurückgefahren, wurde auch nicht verhaftet, sondern als ein falscher Mann verhaftet wurde, habe er sich in Freiburg selbst gestellt.